



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI (GdP)

Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.

Ausgabe 11 / 15.03.2010

Unsere Themen:

Herzlichen Glückwunsch:

Dagmar Hölzl ist neue

Bundesfrauen-
vorsitzende
(Titelseite)

Pressemeldung vom 12.03.2010:
Komasaufen - ein gesellschaftliches oder nur ein polizeiliches Problem

27. GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung
(Seite 2)

Dienstrechtsreform: Landesregierung plant Einschränkungen bei Mitbestimmung und Koalitionsfreiheit
DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf wirft

Ministerpräsident Stefan Mappus Wortbruch“ vor
(Seite 3)

Kriminalstatistik:
Ein "Sicherheits-Euro" und mehr Videoüberwachung
(Seite 4)

Impressum:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Baden-Württemberg e.V.
Maybachstraße 2,
71735 Eberdingen
Tel.: 07042/879-0
Fax: 07042/879211
redaktion@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de

Redaktion:
Thomas Mohr



Dagmar Hölzl ist neue Bundesfrauenvorsitzende

Potsdam/Berlin. Bei der 5. Bundesfrauenkonferenz der GdP in Potsdam wurde unsere baden-württembergische Landesfrauenvorsitzende **Dagmar Hölzl** zur neuen Bundesfrauenvorsitzenden gewählt.

Einer der ersten Gratulanten war der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner:

"Ich freue mich darüber, dass unsere Landesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl heute mit 98 % der Stimmen zur Bundesfrauenvorsitzenden gewählt wurde." Die Redaktion der GdP-Digit@1 gratuliert unserer Dagmar Hölzl zu ihrer Wahl mit diesem tollen Ergebnis und wünscht Ihr für das neue Amt alles Gute. TM



PERSONALRATSWAHLEN 2010: Wähle jetzt, denn nur eine starke Mannschaft kann gewinnen



Pressemeldung vom 12.03.2010:

Komasaufen - ein gesellschaftliches oder nur ein polizeiliches Problem

27. GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) veranstaltet am 16.03.2010 in Sindelfingen ihre 27. Tagung für Verbrechensbekämpfung. Das Motto lautet „Komasaufen – ein gesellschaftliches oder nur ein polizeiliches Problem?“

Große Mengen Bier und Schnaps, Jugendliche ohne jede Besinnung, Mägen, die ausgepumpt werden müssen; auf einem Spielplatz werden drei Kinder im Alter von elf, zwölf und 13 Jahren besinnungslos gefunden, sie hatten Wodka getrunken.

Nach unseren Erfahrungen enden auch Abiturfeiern, so der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner, immer häufiger als chaotische Saufgelage.

Auch wer von uns mit offenen Augen durchs Leben läuft, Samstagabends mal in der Stadt unterwegs war, die Straßenbahn, S-Bahn oder Omnibus benutzt hat, der wird sie sehen, die Youngsters die mit einer Flasche Wodka oder anderen wirklich harten Sachen sich völlig arglos in der Öffentlichkeit bewegen, stellt der GdP-Vorsitzende fest.

Die Zahl der Übergriffe auf unseren Straßen ist deutlich angestiegen. Außerdem stellt die Kriminalstatistik fest, dass immer häufiger Alkohol im Spiel ist, wenn es zu Gewaltstraftaten kommt.

Bei jeder dritten aufgeklärten Straftat im Bereich Gewaltkriminalität (Mord, Totschlag, Raub, gravierende Körperver-



letzungen) stellen wir, so GdP-Chef Seidenspinner, Alkoholeinfluss fest. Ein Jahr zuvor habe die Quote mit 27 Prozent noch deutlich darunter gelegen.

Das Verkaufsverbot von alkoholischen Getränken zwischen 22 und 05 Uhr ist aus unserer Sicht zwar eine richtige Möglichkeit, aber dann gleichzeitig die Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten auf 3 Uhr und in der Nacht zum Samstag und zum Sonntag auf 5 Uhr festzulegen, macht nicht gerade Sinn. Ebenso unsinnig ist die jetzige Diskussion mit einem Bistrotisch die Tankstellen aus dem Alkoholverkaufsverbot zu holen.

Man kann Nichtschwimmer, um das Beispiel des Richters am VGH aufzugreifen, nicht nur mit einem Schwimmverbot vor dem Ertrinken retten, sondern

sollte sich auch mal über Schwimmkurse Gedanken machen.

Die diesjährige Tagung für Verbrechensbekämpfung möchte etwas anders an dieses Problem herantreten und versuchen einen früheren Ansatz zu finden, denn warum machen die Kids das, so Rüdiger Seidenspinner.

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind gesetzliche Möglichkeiten wichtig und richtig, dennoch darf es nicht dabei belassen bleiben. Das Problem ist erkannt und nun müssen alle gemeinsam an einer Lösung, weit im präventiven Bereich, arbeiten.

Hierzu dürfen wir sie herzlich einladen.

Rüdiger Seidenspinner
GdP-Landesvorsitzender
Baden-Württemberg





Dienstrechtsreform: Landesregierung plant Einschränkungen bei Mitbestimmung und Koalitionsfreiheit

DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf wirft Ministerpräsident Mappus „Wortbruch“ vor



Nikolaus Landgraf,
DGB-Landesvorsitzender

DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf wirft Ministerpräsident Mappus „Wortbruch“ vor. Grund sind geplante Einschränkungen bei Mitbestimmung und Koalitionsfreiheit im jetzt vorliegenden Gesetzentwurf zur Dienstrechtsreform, der am Freitag in die Ressortanhörung ging. „Die Verschlechterungen stehen im krassen Widerspruch zu den Versprechungen, die Stefan Mappus als designierter Ministerpräsident am 30. Januar auf der DGB-Bezirkskonferenz gemacht hat“, so Landgraf. Mappus hatte sich dort unmissverständlich gegen Einschränkungen bei Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz ausgesprochen. Laut Protokoll sagte er: „Ich bin der Meinung, dass wir diese drei Dinge brauchen. Mit der CDU in Baden-Württemberg wird ein Angriff darauf schlicht und ergreifend nicht zu machen sein.“

Auch die dem DGB im Rahmen des mit der Landesregierung vereinbarten Beteiligungsverfahrens eingeräumte Frist zur Stellungnahme von einer Woche stößt dem DGB-Landeschef sauer auf. Auch wenn der Entwurf nach Verabschiedung durch den Ministerrat noch offiziell in die Anhörung gehe, könne in einer so kurzen Frist zu einem rund 670 Seiten dicken Gesetzentwurf nicht vernünftig Stellung bezogen werden, kritisierte Landgraf. Das verstoße gegen den Geist der Beteiligungsvereinbarung. Ein Gesetz, das so lange habe auf sich warten lassen, müsse nun nicht „im Schweinsgalopp“ zum Abschluss gebracht werden.

Der Ressortentwurf sieht Verschlechterungen der Mitbestimmung des Personalrats im Landespersonalvertretungsgesetz sowie eine Anzeigepflicht bei gewerkschaftlichem Engagement und die Möglichkeit seiner Einschränkung durch den Dienstherrn vor. Der DGB sieht darin ein „überholtes obrigkeitsstaatliches Verständnis des öffentlichen Dienstes“. „Ein moderner öffentlicher Dienst ist nur mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen möglich“, so Landgraf. „Wir müssen in Deutschland endlich zu einer effektiven Mitbestimmung im öffentlichen Dienst kommen statt mit antidemokratischen Elementen die Rolle rückwärts zu üben“, forderte Landgraf.

Geht es nach den Plänen der Landesregierung, sollen Personalräte bei Personalangelegenheiten, bei Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden künftig nur noch ein-

geschränkt mitwirken dürfen. Auch vom bisher bindenden Spruch einer Einigungsstelle kann der Dienstherr „aus Gemeinwohlgründen“ abweichen.

Heftig kritisiert der DGB auch die geplante Anzeigepflicht bei gewerkschaftlichem Engagement. Während ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen weder anzeige- noch genehmigungspflichtig sind, sollen Beamtinnen und Beamte ihr ehrenamtliches Engagement „zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften“ künftig beim Dienstherrn anzeigen.

Dieser kann dann die Tätigkeit versagen oder mit Auflagen versehen, wenn die Ausübung der Nebentätigkeit „dienstliche Interessen“ beeinträchtigt. Eine solche Generalklausel, so der DGB-Landeschef, sei absolut nicht hinnehmbar. Beamtinnen und Beamte seien in ihren Koalitionsrechten, wie z.B. beim Streikrecht, schon bisher wesentlich eingeschränkt.



Stefan Mappus, Ministerpräsident





Kriminalstatistik: Baden-Württembergs Innenminister Rech will Polizisten besser schützen / Brutalität im Südwesten steigt

Ein "Sicherheits-Euro" und mehr Videoüberwachung

Quelle: Mannheimer Morgen 13. März 2010



Stuttgart. Baden-Württemberg gehört weiterhin zu den sichersten Bundesländern. Doch während die Straftaten im vergangenen Jahr abermals weniger wurden, macht die Brutalität vieler Täter der Polizei Sorgen. Die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen ist um mehr als zehn Prozent auf 6689 Fälle gestiegen. "Wir können uns nicht damit abfinden, dass Gewalt alltägliches Mittel zur Konfliktlösung wird", sagte Innenminister Rech gestern in Stuttgart.

Für den CDU-Politiker ist "die Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum eine der zentralen Herausforderungen". Er fordert deshalb eine Verstärkung der nicht-polizeilichen Videoüberwachung: Um diese an bestimmten Plätzen, die nicht als Brennpunkte gelten, dauerhaft zu ermöglichen, will Rech das Landesdatenschutz- und das Landespolizeigesetz ändern. Der Koalitionspartner FDP reagierte mit Skepsis. Die Opposition lehnte einen solchen Schritt gänzlich ab.

Mehr Polizisten statt Technik

"Der Einsatz der Polizeibeamten kann nicht durch technische Einrichtungen ersetzt werden", reagierte der SPD-Landtags-abgeordnete Reinhold Gall.

Ulrich Sckerl von den Grünen sieht es ebenso: "Die Kamera künftig an jeder Ecke in unseren Kommunen kann weder ständig kontrolliert werden noch Gewalttaten verhindern."

Sorgen macht den Landespolitikern fraktionsübergreifend der "nachlassende Respekt vor dem Staat und seinen Repräsentanten", wie es Rech ausdrückt. Die Zahl von 501 verletzten Polizisten - 2008 waren es 427 - markiert abermals einen Höchststand. Mit einer Bundesratsinitiative soll der Strafrahen für derartige Taten erhöht werden.

Um der Gewalt rund um die Stadien zu begegnen, erwägt der Innenminister, die Eintrittspreise bei sportlichen Großveranstaltungen um einen "Sicherheits-Euro" zu erhöhen. Mit dem Geld könnten Fußballvereine Ordner professioneller ausbilden und ausrüsten sowie bauliche Veränderungen vornehmen, überlegte Rech. "Da fehlt es an vielem." Den Vorstoß will er bei der Innenministerkonferenz und mit Profivereinen besprechen. Der erste Sicherheitsgipfel mit Vertretern von Behörden, Clubs und Fans habe bereits Wirkung gezeigt, sagte Rech. In der jüngsten Hinrunde hätten sich die Straftaten rund um Fußballspiele von 330 um mehr als die Hälfte auf 146 verringert.

Mit einigen Ankündigungen zielt Rech auf das Sicherheitsempfinden der Bürger. Beim nächsten Aushandeln der Bahnverkehrsverträge für das Land will die Regierung auf mehr Zugbegleiter bestehen, vor allem abends in den Nahverkehrszügen. Im Polizeigesetz will der Minister die Grundlage legen, dass Kommunen in bestimmten Vierteln auf den Straßen Alkoholkonsum verbieten können. Doch auch bei diesem Thema zeigt sich die FDP reserviert.

In Baden-Württemberg ist die Zahl der angezeigten Straftaten 2009 im Vergleich zum Jahr zuvor um zwei Prozent auf knapp 580 000 Fälle gesunken. In

ähnlichem Maße ging die Gewaltkriminalität zurück; mit nahezu 19 000 Fällen sei sie im Vergleich der letzten zehn Jahre immer noch hoch, gab Rech zu. Die Zahl jugendlicher Gewalttäter ist um fünf Prozent auf 8700 geschrumpft.

Die Aufklärungsquote ist auf rund 60 Prozent leicht gestiegen. "Das kann sich sehen lassen", so Rech. Die sogenannte Häufigkeitszahl (Delikte pro 100 000 Einwohner) ist im Südwesten mit 5387 bundesweit eine der geringsten. In Mannheim beträgt die Quote 9604, in Heidelberg 8240, im Rhein-Neckar-Kreis 4188.

Anmerkung der GdP:

Was der Innenminister nicht sagt ist die Tatsache, dass Baden-Württemberg immer mehr Polizistenstellen abbaut.

Deshalb spricht er weniger gern über Präsenz. Dafür braucht man Präventionsteams von Sozialarbeitern und Polizisten.

Die kosten aber viel Geld und deshalb ist die Variante der „gesamtsellschaftlichen Verantwortung“ für den Innenminister die bessere Alternative. Die ist nie falsch und der Innenminister delegiert dadurch eine Aufgabe ins Unbestimmte. Das hat den Vorteil, weil dies kostengünstig ist.



Die Gewalt am Rande von Fußballspielen - hier in Mannheim - kommt die Länder teuer zu stehen. Foto: GdP-Archiv





PRESSEMITTEILUNG vom 14.03.2010 Uli Sckerl, Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Uli Sckerl: "Bürgernahe Polizei statt Bürgerüberwachung"

Im Rahmen der Kriminalstatistik des Landes wird über die zunehmende Gewalt im öffentlichen Raum und auch gegen Polizistinnen und Polizisten diskutiert.

"Die zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt gegen Angehörige der Polizei ist für uns ein ernstes Thema", so Uli Sckerl, der innenpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion. Er warb erneut für ein gesellschaftliches Bündnis, das Angriffe auf Polizeiangehörige ächtet. "Es muss ein Klima entstehen, das deutlich macht: Es darf keinerlei Toleranz gegenüber Gewalt geben".

Die Antworten der Landesregierung und des Innenministers hingegen werden von den Grünen im Landtag mit großer Skepsis gesehen. Sie sehen z.B. in der von der Landesregierung geplanten flächendeckenden Ausweitung von Videoüberwachung kein Allheilmittel zur Verhinderung von Gewalt im öffentlichen Raum. "Es gibt Bereiche, da stärkt die bloße Anwesenheit von Kameras bereits das subjektive Sicherheitsgefühl von Menschen, so z.B. abends und nachts in Bussen und S-Bahnen. Das macht Sinn. Die Kamera künftig an jeder Ecke in unseren Kommunen aber kann weder ständig kontrolliert werden noch Gewaltta-

ten verhindern. Stattdessen werden mit den flächendeckenden Aufzeichnungen wahre Datenfriedhöfe angelegt. Nicht einmal das Personal ist vorhanden, um die zu erwartenden Datenmengen auszuwerten", sagte Sckerl weiter. In der Abwägung zwischen dem Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürger und völlig unbestimmten Sicherheitszwecken seien die Grünen für Augenmaß und sehr eng umrissene Einsatzmöglichkeiten für Videoüberwachung. Sckerl: "So wie Rech das will, kommt das für uns nicht in Frage. Da muss der Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürger eindeutig den Vorrang haben."

Die Grünen wollen vielmehr eine Rückkehr zu einer präsenten bürgernahen Polizei in den Gemeinden bei Volksfesten und großen Menschenansammlungen.

"Die Polizei kann durch keine Kamera ersetzt werden". Allein die Stellenstreichungen der Landesregierung hätten die Polizei auch im Straßenbild dramatisch ausgedünnt.

Zum "Sicherheitseuro", der vom Innenminister aktuell als Zuschlag zu den Fußballeintrittsgeldern ins Gespräch gebracht wurde, bemerkte Sckerl, dass die ewigen Debatten über die ausufernden



Kosten für Sicherheit rund um Fußballspiele aller Ligen endlich ein Ergebnis haben müssten. "An der Aufgabenteilung, hier Zuständigkeit der Vereine in den Stadien, dort Zuständigkeit der Polizei rund um die Stadien, kann sich aus Rechtsgründen nichts ändern. Wir sind nicht für die Ausdehnung der Kompetenzen von Sicherheitsdiensten in den öffentlichen Raum hinein", so Sckerl.

Es müsse aber geklärt werden, ob nicht mindestens die Vereine der 1. bis 3. Liga ihren Beitrag zur Deckung der den hohen Kosten von Polizeieinsätzen leisten können.

Gewerkschaft der Polizei

Einladung zur 27. GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung

**Dienstag, 16. März 2010, Beginn 10.00 Uhr
Stadthalle Sindelfingen**

Referat: **Dr. Wolf Hamann**
Referat: **Prof. Dr. Adolf Gallwitz** (Hochschule für Polizei VS)
Referat: **Willi Pietsch** (Haus des Jugendrechts)
Vorstellung: **Andreas Mayer**, Präventionskampagne "Staygold"

Podiumsdiskussion
Moderation: **Bert Siegelmann**
(Rhein-Neckar-Fernsehen)



Gewerkschaft der Polizei
27. GdP-Tagung
für Verbrechensbekämpfung



Komasaufen
- ein gesellschaftliches oder nur ein polizeiliches Problem?
16. März 2010, Beginn: 10.00 Uhr, Stadthalle Sindelfingen



Polizeiliche Kriminalstatistik 2009

Straftaten gehen weiter zurück - Aufklärungsquote verbessert und im Bundesvergleich auf hohem Niveau - Innenminister Heribert Rech:

„Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum ist eine zentrale Herausforderung“

Quelle : Innenministerium Baden-Württemberg

Die Zahl der Straftaten in Baden-Württemberg ist im Jahr 2009 von 591.736 auf 579.112 Fälle gesunken (- 2,1 Prozent). Die Kriminalitätsbelastung hat sich das zweite Mal nacheinander von 5.505 auf 5.387 Straftaten je 100.000 Einwohner verringert (- 2,1 Prozent). Die Aufklärungsquote ist um 0,6 Prozentpunkte auf 59,4 Prozent gestiegen. „Damit konnte 2009 das schon sehr gute Sicherheitsniveau des Vorjahres nochmals verbessert werden“, sagte Innenminister Heribert Rech bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik am Freitag, 12. März 2010, in Stuttgart.

Baden-Württemberg zeichne sich durch eine niedrige Kriminalitätsbelastung aus und halte seit Jahren im Bundesvergleich einen Spitzenplatz (2008: Land 5.505, Bund 7.436 Fälle je 100.000 Einwohner). „Die Statistik unterstreicht die Professionalität und Leistungsfähigkeit unserer Polizei. Sie zu erhalten, ist mir wichtig, denn Sicherheit ist ein Standortvorteil im Wettbewerb und für unsere Bevölkerung ein bedeutender Teil ihrer Lebensqualität“, betonte Rech.

Die Gewaltkriminalität sei im Jahr 2009 durchgängig zurückgegangen, bleibe aber im Vergleich der letzten zehn Jahre immer noch hoch. Deshalb werde die Polizei in diesem Jahr gezielt gegen die Gewalt im öffentlichen Raum vorgehen, denn diese beunruhige und verunsichere die Bürgerinnen und Bürger besonders. Das Land werde eine Rechtsgrundlage für die nichtpolizeiliche Videoüberwachung durch öffentliche Stellen schaffen und bei Ausschreibungen von Verkehrsleistungen zur Bedingung machen, dass Zugbegleiter vor allem abends in Nahverkehrszügen für Sicherheit sorgen. Aus seiner Sicht sei es auch sinnvoll, vor Ort alle Beteiligten, vor allem Kommunen, Verkehrsbetriebe, Landes- und Bundespolizei, in Sicherheitskooperationen einzubinden. Auf der Basis gemeinsamer Sicherheitsanalysen werde die Polizei an Brennpunkten verstärkt präsent sein. Zur Unterstützung würden Beamte der Bereitschaftspolizei - wie schon mit Erfolg geschehen - eingesetzt. An Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln werde eng mit der Bundespolizei zusammengearbeitet. Wich-

tiger Bestandteil der Bekämpfungsstrategie sei, bei Mehrfachund Intensivtätern täterorientiert vorzugehen, um eine möglichst konzentrierte und zeitnahe Strafverfolgung sowie ausländerrechtliche Maßnahmen zu gewährleisten. Rech: „Zur Eindämmung der Gewalt im öffentlichen Raum setzen wir auf die bewährte Doppelstrategie aus vernetzter Prävention und konsequenter Repression.“

Zur erfolgreichen Bekämpfung gravierender Straftaten wie Kinderpornographie im Internet und zur Verhinderung von terroristischen

ten, die derzeit ausgebildet würden, ihre Kollegen vor Ort. Die kontinuierliche Einstellung dieser Bewerber werde eine wirksame Harmonisierung des Altersaufbaus bringen. Momentan profitierten die Dienststellen bereits von einer intensiveren Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei und seit März 2010 von einem verlängerten Praktikum der Polizeianwärter von drei auf sechs Monate.

Prävention sei seit vielen Jahren ein Markenzeichen der Landespolizei. „Sie wird noch mehr Bedeutung bekommen, weil wir Kriminalität bereits im Ansatz verhindern wollen und müssen“, so Rech. Dabei dürfe aber nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen werden, man müsse Schwerpunkte dort setzen, wo sich Probleme zeigten. So seien von 177 laufenden Präventionsprojekten im Land allein 65 vorwiegend auf Gewaltprävention und 30 speziell auf Jugendgewalt ausgerichtet.

Gewaltkriminalität

Die Gewaltdelikte in Baden-Württemberg seien um 1,8 Prozent auf 18.858 Fälle zurückgegangen. „Es ist gelungen, die bereits 2008 rückläufige Gewaltkriminalität nochmals zu senken“, sagte der Innenminister. Auch im öffentlichen Raum habe es im vergangenen Jahr 10.672 Fälle und damit 1,1 Prozent weniger Gewaltdelikte gegeben. Dennoch beobachte er mit Sorge, dass in der Gesellschaft Unhöflichkeit an der Tagesordnung sei, und es an Respekt und Achtung gegenüber dem anderen mangle. Werte und Rechtsnormen würden an Geltung verlieren. Rech: „Diesen Trend zu stoppen, muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, und jeder von uns hat dazu beizutragen.“ Es müsse alles getan werden, um einen dauerhaften Rückgang der Gewaltkriminalität zu erreichen. Rech: „Wir können uns nicht damit abfinden, dass brutale Gewalt, die es auch bei uns gibt, alltägliches Mittel zur Konfliktlösung wird.“

Anlass zur Sorge seien Steigerungen bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung (+ 10,3 Prozent auf 6.689 Fälle), die auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen begangen worden seien. Die Polizei werde deshalb im laufenden Jahr verstärkt gegen solche Straftaten vorgehen. Im öffentlichen Perso-



Anschlägen seien die Ermittlungsbehörden auch in der Zukunft auf Telekommunikationsverbindungsdaten angewiesen. Innenminister Heribert Rech: „Ich appelliere besonders an die Bundesjustizministerin, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung zügig in ein neues Recht zu überführen. Ohne die Möglichkeit der Speicherung von Kommunikationsdaten wird die Arbeit der Sicherheitsbehörden erheblich erschwert.“

Der Beitrag, den auch die Polizei zur notwendigen Haushaltskonsolidierung leisten müsse, sei zwar schmerzhaft, aber notwendig. Zweifellos müsse die Polizei das Personal haben, das sie zur Bewältigung ihrer vielen Aufgaben braucht. Hier werde sich die Situation verbessern, weil die vor zwei Jahren erhöhten Einstellungszahlen von jährlich 800 Polizisten die Altersabgänge mehr als ausgleichen würden. Mehr als 300 Millionen Euro investiere die Landesregierung in diese Maßnahme. Schon ab Herbst 2010 verstärkten die jungen Beam-





Fortsetzung Seite 6

nenverkehr sei es zu 1.377 Fällen von Gewalt gekommen, dank gemeinsamer Anstrengungen ein Minus von 1,3 Prozent. Auch die Straftaten im Zusammenhang mit Fußballspielen seien zurückgegangen. In der aktuellen Hinrunde 2009/2010 hätten sich die erfassten Delikte von 330 auf 146 verringert. Hier trage die beim Sicherheitsgipfel Fußball 2009 beschlossene Kooperation zwischen Vereinen, Kommunen und Polizei erste Früchte. Um diese Ergebnisse zu verbessern, wolle er in diesem Jahr einen zweiten Gipfel veranstalten.

Es sei trotz einzelner, zum Teil folgenreicher Ereignisse keine Tendenz zu erkennen, dass couragierte Helfer zunehmend selbst zu Opfern von Gewaltdelikten würden. „Ich rufe ausdrücklich unsere Bürgerinnen und Bürger dazu auf, bei Straftaten nicht wegzuschauen, anderen zu helfen, sich selbst aber nicht in Gefahr zu bringen, sondern die Polizei zu rufen und sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Die „Aktion tu was“ des Landeskriminalamts gebe konkrete Hinweise, wie man sich dabei verhalten solle, ohne selbst in Gefahr zu kommen (www.aktion-tu-was.de).

Mit 501 verletzten Polizisten im vergangenen Jahr sei leider ein Höchststand erreicht worden (2008: 427). Die Hemmschwelle müsse deshalb deutlich durch empfindliche Strafen erhöht werden. Dies werde auf Bundesebene bei Widerstand gegen die Staatsgewalt geprüft.

Bemerkenswert sei der erneute Rückgang bei der Jugendgewalt 1. So habe die Polizei im vergangenen Jahr 8.719 Tatverdächtige und damit 5,2 Prozent weniger registriert als 2008. Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität blieben aber Gewaltstraftaten junger Täter nach wie vor die zentrale Herausforderung. Bedenklich sei, dass jeder dritte junge Gewalttäter alkoholisiert gewesen sei.

Straßenkriminalität

Die Gesamtzahl der als Straßenkriminalität erfassten Delikte sei 2009 um mehr als 4.000 Fälle auf 112.499 Straftaten zurückgegangen (- 3,6 Prozent). Diese Entwicklung lasse sich auf Rückgänge beim Straßendiebstahl (- 4.021 auf 65.686 Fälle) und bei Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen (- 1.335 auf 31.579 Fälle) zurückführen. Damit sei der tiefste Stand seit 20 Jahren erreicht.

Internetkriminalität

Der Anstieg bei der Internetkriminalität habe sich erneut fortgesetzt. Mit 21.505 Straftaten sei ein neuer Höchststand erreicht. Innerhalb von fünf Jahren (2005: 14.153 Fälle) habe es eine Zunahme um über 50 Prozent gegeben. Annähernd 80 Prozent der Internetstraftaten seien Betrugsdelikte (16.782 Fälle). Dies bedeute im Klartext, dass sich jeder sechste Betrugsfall an einem „virtuellen Tatort“ erziele. Auffallend sei auch die Steigerung beim sogenannten Phishing um rund 84 Prozent auf 1.056 Straftaten. Hier nutzten die Täter häufig sogenannte Trojaner, um an die für das Online-Banking erforderlichen Informationen zu gelangen (Tipps und Hinweise für sicheres Online-Banking unter www.polizei-beratung.de).

Wirtschaftskriminalität

Der Anstieg der Wirtschaftskriminalität um 13 Prozent (von 1.686 auf 14.661 Fälle) lasse sich in erster Linie auf den Abschluss von Großverfahren mit einer Vielzahl von Einzelfällen zurückführen. Es seien bereits erste Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren. Obwohl nur 2,5 Prozent aller Straftaten Wirtschaftsdelikte seien, würden sie mit 552 Millionen Euro rund zwei Drittel des Gesamtschadens in Höhe von 866 Millionen Euro verursachen.

Vermögens- und Fälschungsdelikte 2009 habe es ein Plus von 9,4 Prozent bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten gegeben (126.061 Fälle). Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass die Deutschen Bahn AG beim Schwarzfahren inzwischen bereits nach dem dritten Mal einen Strafantrag stelle, statt wie bisher erst nach dem zehnten Mal. So seien bei der Polizei 31.210 Straftaten angezeigt worden, 9.637 Fälle beziehungsweise 44,7 Prozent mehr als im Jahr 2008.

Eigentumsdelikte

2009 seien 205.848 Diebstähle angezeigt worden. Dies sei mehr als ein Drittel aller polizeilich registrierten Straftaten in Baden-Württemberg und ein Rückgang von 7.000 Taten oder 3,3 Prozent gegenüber 2008. „Der Abwärtstrend der Vorjahre setzt sich fort“, so Rech. Seit dem Jahr 2000 sei die Zahl der Eigentumsdelikte um rund 37.000 Fälle zurückgegangen. Allerdings müsse man eine erneute Steigerung beim Wohnungseinbruch um 7,8 Prozent auf 7.440 Fälle feststellen. Bei den Tageswohnungseinbrüchen zwischen 6.00 und 21.00 Uhr liege die Zunahme sogar bei 32,5 Prozent (+ 715 auf 2.916 Fälle). Diese Entwicklung sei regional sehr unterschiedlich. Speziell im süd- und nordbadischen Raum hätten sich in einzelnen Stadt- und Landkreisen die Tageswohnungseinbrüche annähernd verdoppelt. Eine dauerhaft eingerichtete Ermittlungsgruppe des Landeskriminalamts mit Sitz in Kehl bekämpfe schwerpunktmäßig die Eigentumskriminalität entlang der Rheinschiene. Darüber hinaus würden die Polizeidienststellen in den betroffenen Regionen intensive Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen durchführen, teilweise auch gemeinsam mit der Bundespolizei (Informationen zum Thema Diebstahl und Einbruch bei den Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen oder im Internet unter www.polizei-beratung.de).

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Mit 4.856 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sei im vergangenen Jahr ein deutlicher Rückgang um 1.575 Fälle beziehungsweise 24,5 Prozent verzeichnet worden. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Taten häufig mit erheblichen, teilweise traumatischen Folgen für die Opfer verbunden seien. Ziel müsse daher sein, die Bevölkerung bestmöglich vor Sexualstraftätern zu schützen. Die Anordnung der anschließenden Sicherungsverwahrung scheitere oft an den hohen rechtlichen Hürden. Daher müsse der Personenkreis im Mittelpunkt stehen, der zwar die Haftstrafe



Ist mit dem Rückgang der Straftaten und mit der Polizeilichen Kriminalstatistik 2009 zufrieden. **Innenminister Heribert Rech**

verbüßt habe, aber dennoch als besonders rückfallgefährdet einzustufen sei. Durch eng verzahnte Maßnahmen von Justiz und Polizei müsse die Gefahr eines erneuten Sexualdelikts möglichst minimiert werden. Baden-Württemberg setze ab April 2010 eine ressortübergreifende Konzeption des Innen- und des Justizministeriums sowie des Ministeriums für Arbeit und Soziales zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern (KURS) um.

Islamistischer Terrorismus

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus dauere an. Mit zahlreichen im Zeitraum vor und nach der Bundestagswahl 2009 im Internet veröffentlichten Botschaften werde versucht, auch in Deutschland aufgewachsene Muslime oder deutsche Konvertiten für den „Heiligen Krieg“ zu gewinnen. Sei die Rekrutierung erfolgreich, schließe sich häufig eine Ausbildung im Terrorcamp an. Die Polizei bekämpfe mit Nachdruck den islamistischen Terrorismus. Dass dieser nicht nur Fiktion sei, zeige die aktuelle Verurteilung der Täter der sogenannten Sauerlandgruppe. Die erfolgreichen Ermittlungen im Jahr 2007 seien unter maßgeblicher Beteiligung der Polizei des Landes Baden-Württemberg geführt worden. Hier habe sich gezeigt, dass ein dauerhaft hoher Personalansatz erforderlich sei, um die äußerst konspirativ agierenden Gewalttäter frühzeitig aufzuspüren.

Quelle: Pressemeldung des Innenministerium Baden-Württemberg

